

Kreis-Blatt

für den Kreis Marienburg Westpr.
Erscheint Mittwoch und Sonnabend Abend.

Nr. 98.

Marienburg, den 13. Dezember.

1905.

Landrätliche Bekanntmachungen.

Nr. 1. Marienburg, den 8. Dezember 1905.

Zur Beseitigung der Zweifel, welche hinsichtlich der Verpflichtung des Fiskus zur Tragung der aus der zeitweiligen Ueberwachung des Schiffsahrts- und Fährerei-Verkehrs erwachsenden Kosten im Hinblick auf die durch das Reichs-Seuchengesetz vom 30. Juni 1900 und das Preussische Gesetz, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, vom 28. August 1905 geschaffene neue Rechtslage entstanden sind, hat der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten im Einverständnis mit dem Herrn Finanzminister, dem Herrn Kriegsminister und den Herren Minister für Handel und Gewerbe, der öffentlichen Arbeiten und des Innern mittels Erlasses vom 8. d. Mts. — W. 25045 Folgendes bestimmt.

1. Sämtliche Kosten, welche durch die Einsetzung und den Unterhalt des Personals und durch dessen Ausrüstung mit dem zum Dienstbetriebe Erforderlichen — an Grundstücken, Materialien, Geräten, Hilfsleistungen, Decken usw. erwachsen, fallen dem Staat zur Last. Hierher gehören namentlich:

- a) Die Remunerierung der Ärzte, Sanitätsmannschaften und des sonstigen Hilfspersonals der Ueberwachungsstellen, insbesondere auch der etwaigen Transportbegleiter;
- b) Die Einrichtung und der Betrieb der Ueberwachungsstellen, Bereitstellung und Ausstattung der erforderlichen und nicht anderweit, durch Gemeinden oder Privatpersonen unentgeltlich zur Verfügung gestellten Unterfunktionsräume für das Ueberwachungspersonal und Absonderungsräume für die durch die Ueberwachung ermittelten kranken, krankheits- oder ansteckungsverdächtigen Personen;
- c) Die Bereitstellung der zum Ueberwachungsdienst erforderlichen Fahrzeuge nebst ihren Mannschaften;
- d) Die Ausrüstung der Ueberwachungsstellen oder Fahrzeuge mit Trink- und Wirtschaftswasser, Wassergefäßen, Einemern zur Aufnahme der Ausleerungen, Desinfektionsmitteln und dergl. behufs Abgabe um die Schiffsbevölkerung;

2. Die Kosten, welche durch die Durchführung der anlässlich des Ueberwachungsdienstes gegen die demselben unterliegenden Personen gerichteten Anordnungen entstehen, sind in der Regel den Betroffenen aufzuerlegen, (vergl. E. O. V. G. Bd. VII. S. 350 und Bd. XXVIII S. 21); Dem Staate fallen jedoch infolge besonderer gesetzlicher Vorschriften zur Last;

- a) die Kosten der Beobachtung kranker, krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen gemäß § 12 des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900 (vergl. § 37 Abs. 3 daselbst);
- b) die Kosten der Desinfektionen, falls die Bestreitung derselben aus öffentlichen Mitteln von Seiten der Betroffenen beantragt wird, und

- c) die Kosten der auf Grund des § 21 a. a. O. getroffenen besonderen Vorichtsmaßnahmen für die Leichenbehandlung, insbesondere für die Einbällung in Lächer, welche mit desinfizierender Flüssigkeit getränkt sind, für die Verchtigung der Särge und Belegung derselben mit Aufbaumaterial und für Ueberföhrung ins Leichenhaus (vergl. ebenda); nicht aber etwa die Kosten für die Bestattung selbst;
- d) die Kosten der Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen, wenn diese während der Dauer der Absonderung nicht in einer ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigenden Weise erkranken und wenn sie die Kosten ohne Beeinträchtigung des für sie und ihre Familien notwendigen Unterhalts nicht zu tragen vermögen (vergl. § 26 Preuß. Ges. vom 28. August 1905);
- e) die Entschädigungen derjenigen der Invalidenversicherung unterliegenden Personen, welche in der Wahl des Aufenthaltes oder Arbeitsstätte beschränkt oder abgefordert werden, für entgangenen Arbeitsverdienst gemäß § 28 des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900 und unter den dort vorgezeichneten Voraussetzungen und
- f) die Entschädigung für Gegenstände, welche infolge der Desinfektion unbrauchbar geworden oder welche vernichtet worden sind gemäß § 29 ff. ebenda (vergl. § 34 ebenda).

3. Auch soweit die Kosten für die Durchführung der Anordnungen nach Nr. 2 grundsätzlich dem Betroffenen aufzuerlegen sein würden, sind sie auf die Staatskasse zu übernehmen, wenn

- a) die Kosten einer zwangsweise anstelle des Betroffenen durch die Behörde durchgeführten Anordnung sich als uneinziehbar erweisen (E. O. V. G. Bd. XXVII S. 65);
- b) sich die Inanspruchnahme eines Dritten wegen der Kosten als nicht angängig erweist, sei es, daß der Verpflichtete nicht auffindbar, sei es, daß ein Verpflichteter tatächlich oder rechtlich nicht vorhanden ist, oder
- c) die Anordnung durch unmittelbaren Zwang ohne vorherige Aufforderung an den Verpflichteten durchgeführt worden ist (E. O. V. G. Bd. XI S. 126).

Die Kosten der Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen, welche nicht in einer ihre Arbeitsfähigkeit beeinträchtigenden Weise erkranken (vergl. oben zu 2 d) liegen rechtlich dem Staate zwar erst vom 20. Oktober d. Js., als dem Tage des Inkrafttretens des Gesetzes vom 28. August d. Js. ob. Jedoch sollen die im Ueberwachungsdienste entstehenden Kosten dieser Art, soweit sie nach § 26 das. aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten sind, auf die Staatskasse übernommen werden, auch wenn sie vor dem 20. Oktober d. Js. entstanden sind.

Nr. 2. Marienburg, den 11. Dezember 1905.

Der Hofbesitzer Hermann Driedger in Wierau ist zum Schulsorforher der Schule dortselbst gewählt und von mir bestätigt worden.

Nr. 3. Marienburg, den 11. Dezember 1905.
Bei den auf Grund des § 108 der Kreisordnung in diesem Jahre stattgehabten Kreistags-Ergänzungs-Wahlen und einer Erdwahl sind zu **Kreistags-Abgeordneten gewählt** worden:

A. Im Wahlverbanne der Großgrundbesitzer:

1. Gutsbesitzer Otto Badmann-Gr. Lichtnau,
2. " Hermann Grunau-Mielitz,
3. " Reinhold Vieh-Marienburg,
4. " Gustav Schulz-Fürstenerwerder,
5. " Adolf Mirau-Schönhorst,
6. " Wilhelm Zimmermann-Gr. Jesewitz,
7. Deichhauptmann Gustav Junt-Gr. Rosengart.

B. Im Wahlverbanne der Landgemeinden:

1. für den III. Wahlbezirk:
Hofbesitzer Otto Ringe-Neumünsterberg,
2. für den IV. Wahlbezirk:
Hofbesitzer Paul Senning-Brunau,
3. für den VII. Wahlbezirk:
Hofbesitzer Alexander Dehrich-Eschenhorst,
4. für den VIII. Wahlbezirk:
Molkereibesitzer Paul Zimmermann-Gr. Rosengart,
5. für den IX. Wahlbezirk:
Gutsbesitzer Rudolf Kling-Sandhof.

C. Im Wahlverbanne der Städte:

1. Kaufmann Salinger-Marienburg,
2. Buchdruckereibesitzer Halb-Marienburg,
3. Bürgermeister Förster-Tiegenhof,
4. Kaufmann Jsaak Jacoby-Neuteich.

Nr. 4. Marienburg, den 5. Dezember 1905.
Der nächste **Kursus** in der **hiesigen staatlich anerkannten Hufbeschlagschule** des Kreises Marienburg **beginnt am 2. Januar und endet am 31. März**. Gesuche um Zulassung sind bis zum 15. d. Mts. unter Beifügung des Lehr- bezw. Meisterzeugnisses bei dem Kreisanklasse des Kreises anzubringen, in dem der Antragsteller seine gewerbliche Niederlassung hat, oder nach Erlangung des Befähigungszeugnisses sein Gewerbe zu betreiben beabsichtigt. In dem Gesuch ist anzugeben, ob der Schüler für Wohnung u. Lebensunterhalt während des Kursus selbst sorgen will oder wegen Bedürftigkeit die Gewährung einer Beihilfe nachsucht. Bedürftigen Schülern kann eine solche zu ihrem Unterhalte während des Kursus bis zu 6. M für die Woche gewährt werden.

Die Prüfungsgebühr ist vor Beginn des Unterrichts zu entrichten und beträgt 10 M.

Zur Teilnahme an dem Lehrkursus ist die Eigenschaft als Schmiedegeselle und ein Lebensalter von mindestens 19 Jahren erforderlich.

Die Ortsbehörden werden ersucht, die Schmiedegesellen auf den bevorstehenden Kursus aufmerksam zu machen.

Nr. 5. Marienburg, den 9. Dezember 1905.
Im Kaiserlichen Gesundheitsamt zu Berlin ist ein **Bluemerkblatt über die Gefahren und die Verhütung der Blei- und Zinnvergiftung** bearbeitet worden. Ich mache auf die Ausführungen dieses Merkblattes, dessen Wortlaut auch im Reichsgesetzblatt für 1905 auf Seite 558 — 560 veröffentlicht ist, aufmerksam.

Seitens der Behörden sowie der gemeinnützigen Körperschaften und Vereine kann das Merkblatt vom Gesundheitsamt unentgeltlich bezogen werden; zum Aushang bestimmte Exemplare des Merkblattes auf starkem Kartonpapier werden von dem Verlage von Julius Springer in Berlin N. Mondjourplatz 3 zum Preise von 5 M für 1 Stück, 3 M für 100 Stück und 25 M für 1000 Stück geliefert.

Nr. 4. Marienburg, den 9. Dezember 1905.
Die Ortspolizeibehörden des Kreises werden an die schnelle Erledigung meiner Kreisblattverfügung vom 21. Mai 1904 Kreisblatt Nr. 43, betreffend die **Beschäftigung fremder Personen in Gast- und Schankwirtschaften**, erinnert.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

Nr. 1. In den **Quittungen über die fortlaufenden Bezüge aus der Staatskasse** wird der Zeitraum, für welchen die Zahlung erfolgt, oft nicht richtig bezeichnet. Nach dem Erlasse des Herrn Finanzministers vom 6. Mai 1898 ist für die Bezeichnung des Etatsjahres nur eine Jahresziffer zu verwenden und zwar diejenige, die den größeren Teil des Etatsjahres — vom 1. April bis Ende Dezember — umfaßt; für das jetzt laufende Etatsjahr muß es also z. B. heißen: **1905**, oder auch für die Zeit **vom 1. April 1905 bis Ende März 1906**. Quittungen, in welchen das Etatsjahr mit einer Doppelzahl z. B. mit 1905/06, oder der Zeitraum vom 1. April 1905 bis 31. März 1906, oder 1. April 1905 bis 1. April 1906 bezeichnet sind, werden den Ausstellern künftig zur Umkehrung zurückgegeben werden.
Marienburg, den 10. Dezember 1905.

Rönigliche Kreiskasse. Zintl.

Nr. 2. Nachdem die **Schweinepeste** bei Herrn Georg Schwedter in Mierau **erloschen** und Stalldesinfektion ausgeführt ist werden die Schutz und Sperremaßnahmen hiernit aufgehoben.

Neuteichsdorf, 8. Dezember 1905.

Der Amtsvorsteher.

Nr. 3. Unter den Schweinen des Hofbesitzers Heinrich Hein und des Inmanns F. Matern in Eschenhorst ist die **Kotlaufseuche** ausgebrochen. Schutz- und Sperremaßnahmen sind angeordnet.

Marlshof, den 8. Dezember 1905.

Der Amtsvorsteher.

Nr. 4. Vor einiger Zeit ist im Dorfe Schöneberg eine **Taschenuhr mit kurzer Messingkette** gefunden und bei mir abgegeben. Der Eigentümer wolle sich melden.

Schöneberg, den 11. Dezember 1905.

Der Amtsvorsteher.

Nr. 5. Am 10. d. Mts. hat sich hier ein **brauner Jagdhund (Hühner-) eingefunden**. Derselbe trägt ein ledernes Halsband mit Messingknöpfen, ist grauweiß gefleckt, der Schwanz nicht zu kurz gestutzt. Der Eigentümer wolle sich baldigst melden.

Schöneberg, den 11. Dezember 1905.

Der Amtsvorsteher.